Presseschau vom 14.10.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein.
Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.
Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Tschechischer Präsident will sich für seinen Krim-Vorschlag nicht entschuldigen
Der tschechische Präsident Miloš Zeman wird sich bei der Ukraine für seine Erklärung, dass der Krim-Beitritt zu Russland eine „vollendete Tatsache“ ist, nicht entschuldigen.
Wie die tschechische Onlinezeitung „Prague Daily Monitor“ berichtet, hat Zeman am Freitag in einem Interview für den TV-Sender Barrandov erklärt, Kiew könne von ihm nicht fordern, dass er sich dafür entschuldigen solle, dass er seine persönliche Meinung geäußert habe.
„Die Krim gehört Russland, und ich kann mir keine russische Regierung vorstellen, die auf die Krim verzichten wird“, so der tschechische Präsident.
Am Dienstag hatte Zeman in einer Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates den Krim-Beitritt zu Russland als „vollendete Tatsache“ bezeichnet. Dabei wies der tschechische Präsident darauf hin, dass Kiew für den Verlust der Krim entschädigt werden sollte

https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31785/51/317855117.jpg

de.sputniknews.com: Moskau bedauert Trumps Leugnung von Erfüllung des Aktionsplans durch Iran
Moskau bedauert die Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, die Erfüllung des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplanes zum iranischen Atomprogramm durch Teheran gegenüber dem US-Kongress nicht zu bestätigen. Das geht aus einer am Freitagabend veröffentlichten Erklärung des russischen Außenministeriums hervor.
„Wir betrachten dies als ein Element einer innenpolitischen Diskussion im Rahmen der US-amerikanischen nationalen Gesetzgebung“, hieß es. Russland geht davon aus, dass der Iran den Aktionsplan gewissenhaft erfüllt.
Das Außenamt äußerte die Überzeugung, dass eine Rückkehr zur Situation, wie sie vor der Annahme des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplanes war, undenkbar ist – ganz egal, welche Position die anderen Teilnehmer der Vereinbarung beziehen werden. „Von einer Wiederbelebung von Sanktionen auf der Ebene des Weltsicherheitsrates kann keine Rede sein.“
„Russland bleibt dem Aktionsplan treu, ist an seiner Erhaltung interessiert und wird seine aus dem Plan resultierenden Verpflichtung erfüllen. Wir rufen alle anderen Unterzeichner auf, ähnlich vorzugehen“, hieß es in Moskau.
Vizeaußenminister Sergej Rjabkow stufte die von Trump gegenüber dem Iran unternommenen Schritte als einen Fehler ein und erklärte, Moskau werde versuchen, Washington in einem Dialog davon zu überzeugen. „Angesichts der in Washington gefassten Beschlüsse keimen zwar Zweifel auf, dass unsere Diskussion mit US-Kollegen produktiv sein wird.“ Dennoch werde Russland alle Anstrengungen unternehmen, um die USA auf ihren Fehler aufmerksam zu machen, die 2015 erzielten Vereinbarungen in Zweifel zu ziehen, sagte Rjabkow.

Dnr-online.ru: Der Pressedienst der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit, dass während des Aufenthalts des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission in der Ukraine Alexander Hug das offizielle Kiew Provokationen begeht.
„Ziel seiner Reise ist es, die Situation an der Kontaktlinie zu bewerten: die Sicherheit und die Lebensbedingungen der friedlichen Bevölkerung, die Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Objekten der kritischen Infrastruktur.

Der Vorschlag Alexander Hugs, die Ortschaften Krasnyj Partisan, Wasiljewka, Krutaja Balka sowie die Donezker Filterstation im Bereich des Gewerbegebiets von Awdejewka zu besuchen, wurde von der ukrainischen Seite auf die banalste Weise sabotiert.
So hat die ukrainische Seite im Gemeinsamen Zentrum die gemeinsame Inspektion des geplanten Wiederaufbaus der 1. und 2. Stränge der Hauptwasserleitung D-1400 des Jushnodonbasskij-Wasserwerks, das die Bevölkerung des Donbass auf beiden Seiten der Kontaktlinie mit Wasser versorgt, sabotiert“, stellte der Vertreter der DVR im Gemeinsamen Zentrum fest.

de.sputniknews.com: **Kiew will Moskau wegen ausbleibender Mitgliedsbeiträge an Europarat verklagen**
Kiew hat den Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, aufgefordert, Rechtsmittel gegen Moskau wegen ausbleibender Mitgliedsbeiträge einzulegen. Das teilte der Chef der ukrainischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE), Wladimir Arjew, am Freitag mit.
Zuvor hatte der Politiker erklärt, die Ukraine werde alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Wiederherstellung der Vollmachten Russlands in der PACE zu verhindern.
Moskau reicht seit 2016 keine Dokumente zur Akkreditierung seiner Vertreter in der PACE ein, nachdem Russland 2014 und 2015 nach der Einverleibung der Krim das Stimmrecht entzogen wurde. Zudem dürfen russische Parlamentarier an der Arbeit der Satzungsorgane der Versammlung nicht teilnehmen.
Im vergangenen Sommer hatte Russlands Außenminister Sergej Lawrow Generalsekretär Jagland davon in Kenntnis gesetzt, dass Moskau – einer der größten Geldgeber für die Organisation – keine Mitgliedsbeiträge mehr zahlen wird, bis die Vollmachten der russischen Delegation in vollem Umfang wiederhergestellt worden sind. Nach Ansicht des russischen Botschafters bei der EU, Wladimir Tschischow, hat der Europarat im Januar wohl die letzte Möglichkeit, die Vollmachten der russischen Delegation wiederherzustellen.
„Den Erklärungen der Ukraine fehlt jegliche juristische Grundlage“, sagte der Vizevorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der russischen Staatsduma. Das sei eine PR-Aktion. „Die ukrainischen Vertreter bluffen… Derartige Erklärungen haben nur zum Ziel, die Aufmerksamkeit (auf die Ukraine) wieder zu lenken“, sagte der Abgeordnete.

Ukrinform.ua: EU-Diplomat: Es wird schwierig für Ungarn sein, Überprüfung des Assoziierungsabkommens mit Ukraine zu erzielen
Die ungarische Initiative, das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union (EU) im Zusammenhang mit dem Sprachartikel des ukrainischen Bildungsgesetzes zu überprüfen, werde von den anderen Ländern der Gemeinschaft nicht unterstützt. Daher sei ihre Umsetzung ein sehr schwieriger politischer und international-rechtlicher Prozess, äußerte gegenüber dem Ukrinform-Korrespondenten ein EU-Diplomat in Brüssel seine Meinung.
„Das Abkommen haben alle 28 EU-Länder unterzeichnet und ratifiziert, darunter auch Ungarn. Solche wichtigen international-rechtlichen, vertraglichen Entschlüsse in der EU werden ausschließlich nach dem Prinzip des Konsenses angenommen. Die Initiative einer Regierung, im gegebenen Fall zur Assoziierung, wird durch andere Mitgliedsländer nicht unterstützt werden. Das ist ein sehr komplizierter Prozess. Das Abkommen ist in Kraft, und die Parteien müssen es umsetzen und die eingegangenen Verpflichtungen befolgen“, erklärte die Situation der Gesprächspartner des Ukrinform-Korrespondenten

de.sputniknews.com: **Kreml reagiert auf US-Visa-Verweigerung für russische Militärdelegation**

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat die jüngste Verweigerung von US-Visa für eine Delegation des russischen Verteidigungsministeriums, die eine gescheiterte russisch-chinesische Veranstaltung in der Uno-Zentrale zur Folge hatte, als inakzeptabel bezeichnet.
„Am Rande der Uno — das ist das Stichwort", betonte der Kreml-Sprecher. Da die USA als Gastgeberland fungieren würden, in dem sich das Uno-Hauptquartier befinde, hätten die US-Behörden bestimmte Verpflichtungen, sagte er. „In diesem Fall sind wir selbstverständlich über die derartige Situation durchaus besorgt und halten diese für unannehmbar", so Peskow.
Am Mittwoch war bekannt worden, dass die US-Behörden den Mitgliedern einer Delegation des russischen Verteidigungsministeriums, darunter auch der Vize-Verteidigungsminister Andrej Tretjak, US-Visa für die Teilnahme an einer russisch-chinesischen Militärkonferenz in der Uno-Zentrale verweigert hatten. Dadurch wurde die Veranstaltung zum Scheitern gebracht.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **neunmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Kalinowo, Frunse, Logwinowo und Smeloje.**
Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **35 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **16 Ortschaften der Republik** mit Panzern, Mörsern, Schützenpanzerwagen- und Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: **Deshalb sollte Poroschenko die Hand abgehackt werden – Timoschenko**
Laut der ukrainischen Leiterin der Parlamentsfraktion der Partei „Batkiwschtschina“ („Vaterland“), Julia Timoschenko, sollte dem Präsidenten der Ukraine und ihrem politischen Rivalen Petro Poroschenko die Hand abgeschlagen werden. Sie erklärt, warum.
„Ich dachte, ob der Zynismus Grenzen hat, als ich mir anschauen musste, wie der Präsident der Ukraine mit Soldaten Borschtsch (ukrainische Suppe – Anm. d. Red.) isst und erzählt, wie lecker das Essen in seiner Familie zuhause gekocht wird, und dabei Machenschaften durchführt und eine enorme Menge an Finanzressourcen aus nur auf Papier existierenden Armeevesorgungsverträgen wäscht“, sagte sie in einem Interview für einen ukrainischen Fernsehsender.
Sie kommentierte ferner die Worte von Poroschenko, man sollte Dieben in der Armee die Hände abhacken. „Als ich hörte, dass er allen Korrupten in der Armee die Hände abschlagen lassen will, dachte ich mir – wie wird er denn ohne Hände auch weiter für solche Verträge sorgen?‘“.
Sie verglich Poroschenko mit dem dreiköpfigen Drachen aus russischen und ukrainische Märchen, Smej Gorynytsch, bei dem unter bestimmten Umständen abgehackte Köpfe nachgewachsen sind: „So geschieht es wohl auch mit den wegen Korruption abgehackten Händen. Eigentlich sollte der Präsident sich zuallererst die Hand abschlagen.“

dnr-news.com: Saakaschwili erklärte, dass es den ukrainischen Staat in Transkarpatien nicht gebe

Der Ex-Präsident Georgiens und ehemalige Gouverneur des Odessaer Oblast Michail Saakaschwili meint, dass im Transkarpatischen Oblast der ukrainische Staat faktisch nicht existiert.

„Ich fahre jeden Monatr nach Transkarpatien und ich versichere Ihnen, dass es weder im Jahr 2014 dort die ukrainische Staatsmacht gab noch jetzt“, sagte Saakaschwili gestern Abend im ukrainischen Fernsehkanal NewsOne.

Er fügte hinzu, dass an der jetzigen Situation nicht die Politik Ungarns schuld sei, sondern das Fehlen der Politik der Ukraine in diesen Territorien“.

„Wenn du zum Beispiel nach Beregowo fährst, dort ist überhaupt keine ukrainische Staatsmacht zu sehen, dort gibt es ungarische Flaggen, ungarische Bildung, ungarische Finanzierung der Privatunternehmen. Dies ist keine Frage der Politik Ungarns, sondern des Fehlens der Politik der Ukraine“, zitiert die Webseite des Fernsehsenders Saakaschwili.

de.sputniknews.com: **Selbstbestimmung Transkarpatiens: Protestaktion vor ukrainischer Botschaft – VIDEO**

Vor der ukrainischen Botschaft in Budapest hat die Aktion „Selbstbestimmung für Transkarpatien“ stattgefunden, teilte die ukrainische Botschafterin in Ungarn, Ljubow Nepop, via Facebook mit.

Die Demonstration verlief am Freitagabend. Trotz eines Protests aus Kiew unternahm die ungarische Seite keine Gegenmaßnahmen und verwies auf das Recht auf friedliche Versammlungen.

„Ich bin überzeugt, dass die Ausübung dieses Rechts die Aufschrift auf dem Rücken eines Aktionsteilnehmers: „Transkarpatien gehört gesetzmäßig zu Ungarn. Selbstbestimmung für alle unterdrückten Nationen, die gezwungen sind, in der Ukraine zu leben“, nicht rechtfertigt“, schrieb Nepop auf ihrer Facebook-Seite.

Ihr zufolge äußerten die Organisatoren zuerst, dass sie „für die Selbstbestimmung Transkarpatiens und die Freiheit der karpato-russinischen, polnischen, bulgarischen, rumänischen und armenischen nationalen Gemeinden, die auf dem Territorium der derzeitigen Ukraine leben“, eintreten.

Die Demonstrierenden protestierten außerdem gegen „die Barbarei der Putschisten, die die Ukraine und damit auch ihre ungarischen nationalen Brüder gefangengenommen haben“.

Diese Aktion zeige, dass die Politik der derzeitigen ukrainischen Leitung gegenüber nationalen Minderheiten in der Ukraine „völlig unkorrekt“ sei, sagte das Mitglied des russischen Föderationsrates von der Republik Krim, Sergej Zekow, in einem Gespräch mit RT.

„Sie stellen die Mehrheit der nichtukrainischen Bürger als Feinde dar. (…) Das heißt, dass die ukrainischen Machthaber keine demokratische, keine Zivilgesellschaft, sondern tatsächlich einen totalitären, ultranationalistischen Staat bauen“, so Zekow.

Er schließe eine mögliche Eskalation zwischen der transkarpatischen Bevölkerung und der zentralen Macht in der Ukraine nicht aus, wenn das Regime in Kiew mit dem Herabsetzen nationaler Minderheiten nicht aufhöre.

„Selbstbestimmungsstimmungen hat Transkarpatien seit langem. Dort hat sich eine Gesellschaft, darunter Russinen, gebildet, die zweifellos in dieser Richtung arbeiten wird“, so der Experte.

Im September hatte die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) einen Gesetzentwurf angenommen, mit dem radikale Veränderungen im Bildungssystem der Ukraine erfolgen sollen. Das neue Gesetz führt ein Verbot der Bildung in jeder Sprache außer Ukrainisch ein. Klassen mit Unterricht in den Sprachen der nationalen Minderheiten sollen nur bis 2020 in

der Grundschule bestehen bleiben. Danach soll an allen Schulen nur noch in ukrainischer Sprache unterrichtet werden.
Das ukrainische Bildungsgesetz hatte zuvor in den Nachbarländern Ungarn und Rumänien Entsetzen ausgelöst. Der ungarische Außenminister Peter Szijjarto hatte es eine „Schande“ genannt und Diplomaten angewiesen, ukrainischen Initiativen in internationalen Organisationen ab sofort die Unterstützung zu verweigern
<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/GTkbHGz-ZYQ" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>
https://youtu.be/GTkbHGz-ZYQ

Dan-news.info: Kommentar Puschilins zur Erklärung Hugs
„Wir sind der OSZE-Mission für ihre Aufmerksamkeit verbunden und Herrn Hug für seinen weiteren Besuch in der Donezker Volksrepublik dankbar. Wir wissen, dass er immer Pressekonferenzen auf unserem Territorium durchführt und immer auf Fragen von Journalisten antwortet. Und wir unsererseits verhalten uns immer aufmerksam gegenüber dem, was die Mission zur Regelung des Konflikts im Donbass tut. In diesem Zusammenhang lasen wir auch die Erklärung Alexander Hugs darüber, dass die Führung der Republiken angeblich einen Vorschlag der Mission über die Durchführung eines Treffens mit ihm ignoriert. Wir erinnern daran, dass wir im Jahr 2015 offizielle schriftliche Vorschläge von der Führung der OSZE-Mission erhalten haben und auf diese positiv reagiert haben. Leider hat die Führung der OSZE-Mission aufgehört, sich unmittelbar an uns zu wenden, was in der Folge zu Missverständnissen führte. Wir unterstreichen insbesondere, dass die Donezker Volksrepublik immer offen für einen direkten Dialog mit allen interessierten Subjekten ist.“
Quelle: Der Bevollmächtigte Vertreter der DVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk Denis Puschilin

ukrinform.ua: Ukraine feiert Tag des Verteidigers
Am 14. Oktober wird in der Ukraine der Tag des Verteidigers der Ukraine begangen.
Der Staatspräsident erklärte mit seinem Dekret vom 14. Oktober 2014 diesen Tag zum gesetzlichen Feiertag, „um den Mut und das Heldenturm der Verteidiger der Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Ukraine zu ehren“. Angesichts der russischen Aggression wurde der zuvor am 23. Februar gefeierte Tag des Verteidigers des Vaterlandes abgeschafft.
Am 14. Oktober wird auch das Fest Mariä Schutz und Fürbitte gefeiert. Außerdem ist der 14. Oktober Tag des ukrainischen Kosakentums und Jahrestag der Aufstellung der Ukrainischen Aufständischen Armee.
Der Tag des Verteidigers der Ukraine ist arbeitsfrei

https://static.ukrinform.com/photos/2017_10/thumb_files/630_360_1507904050-9758.jpg

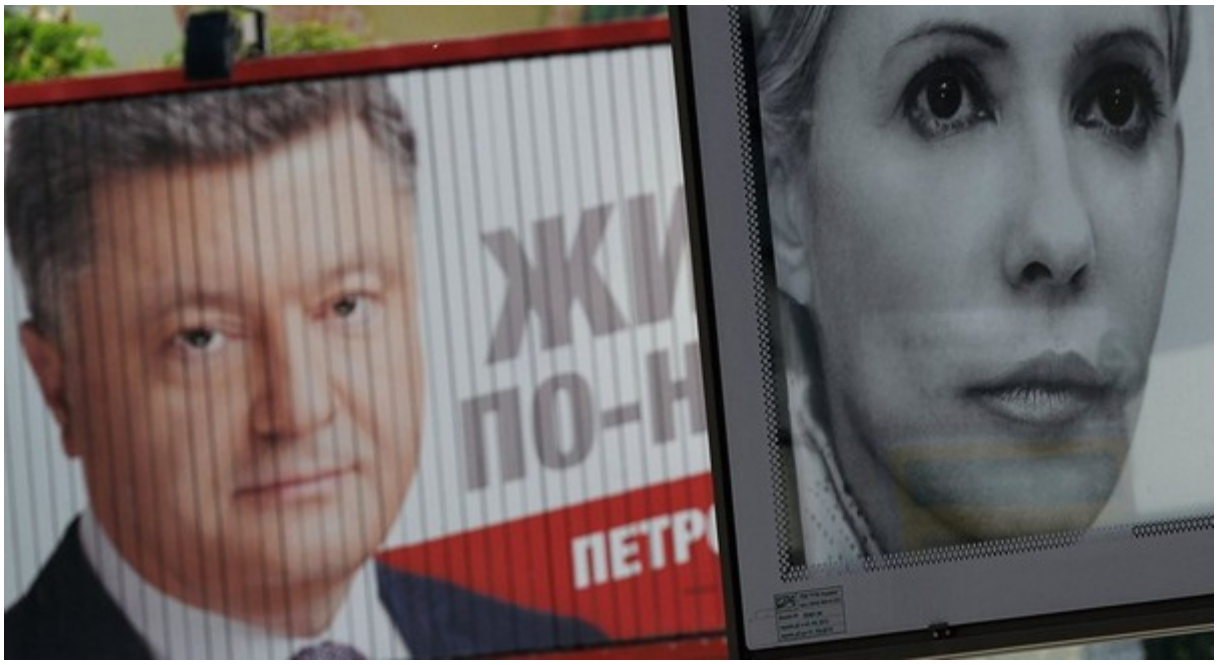
de.sputniknews.com: **Rüttelts' an Poroschenkos Thron? Gasprinzessin will Schokoladenkönig ersetzen**

Die Ex-Regierungschefin und Leiterin der Parlamentsfraktion der Partei „Batkiwschtschina" („Vaterland"), Julia Timoschenko, will für die Präsidentschaft kandidieren. Dies teilte sie in einem Interview für den ukrainischen Fernsehsender NewsOne am Freitag mit.

„Ich werde meine Stimme, die Stimme meines Teams und die Stimmen der Menschen, die mir vertrauen, niemandem überlassen. Ich kann klar sagen: Ich werde für das Präsidentenamt kandidieren. Wir gewinnen, um das Land wieder auf die Beine zu stellen. Ich vertraue diese Aufgabe niemandem mehr an", sagte sie. Die Unterstützung des ehemaligen Präsidenten der Ukraine, Viktor Juschtschenko, und von Premierminister Arsenij Jazenjuk habe „zu nichts geführt".

Zuvor teilte Timoschenko in demselben Interview mit, man sollte dem Präsidenten der Ukraine und ihrem politischen Rivalen, Petro Poroschenko, die Hand abhacken.

Timoschenko – einst Chefin eines Gasgroßhandels – wurde 2011 wegen Machtmissbrauchs bei einem umstrittenen Erdgasgeschäft festgenommen und erst 2014 freigelassen. Bis heute wird oft ihr Spitzname in den Medien erwähnt: „Gasprinzessin".


https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31785/89/317858979.jpg

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Ukrainischer „privater Grenzschutz“ kontrolliert 150 Kilometer der Grenze zu Ungarn**
Ein etwa 150 Kilometer langer Abschnitt der ukrainisch-ungarischen Grenze ist nach Worten des militärischen Staatsanwalts der Ukraine, Anatoli Matios, in privater Hand. „Der ukrainische Grenzschutz kann diesen Abschnitt nicht kontrollieren“, sagte er in einem Interview des Fernsehsenders 112 Ukraine.
„Dort stehen private Wachtürme, im Dienst ist privates Wachpersonal. Entlang der Grenze befinden sich private Grundstücke“, wurde Matios von der russischen Nachrichtenagentur RBK zitiert.
Alle Versuche des staatlichen Grenzdienstes, die Kontrolle über den Abschnitt zu übernehmen, würden zum Scheitern gebracht. Private „Grenzer“ blendeten ihre staatlichen Kollegen mit starken Scheinwerfern und eröffneten sogar Warnfeuer. Der betroffene Grenzabschnitt werde bereits seit zehn Jahren privat kontrolliert. Er wolle Generalstaatsanwalt Juri Luzenko darauf aufmerksam machen, sagte Matios.
In der an Ungarn angrenzenden ukrainischen Region Transkarpatien ist eine große ungarische Diaspora ansässig. Nach der Annahme des umstrittenen Bildungsgesetzes in der Ukraine, das die Rechte der nationalen Minderheiten in der Ex-Sowjetrepublik nach Ansicht von Experten schmälert, hatte Ungarns Regierungschef Péter Szijjártó mit einer Revision des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine gedroht. Laut Gesetz soll in allen Schulen der Ukraine ausschließlich in der ukrainischen Sprache unterrichtet werden

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin
In den letzten 24 Stunden wurden **29 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.
In Richtung Donezk hat der Gegner Panzer, Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene

Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **12 Ortschaften** wurden vier Panzergeschosse, 26 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 48 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.
In Richtung Gorlowka wurden **Sajzewo und Oserjanowka** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.
Bei der Verteidigung der Republik **starben zwei Soldaten der Streitkräfte der DVR**.
Heute wird auf dem von Kiew kontrollierten Territorium der Tag des Verteidigers der Ukraine gefeiert. Im Vorfeld des Feiertags traf sich Poroschenko mit sogenannten „Helden“ der Ukraine, den Verbrechern Subanitsch, Schaptala, Sobko und anderen Kommandeuren der ATO. Dabei merkte Poroschenko an, dass die Ukraine mehr über ihre Verteidiger wissen müsse und jeder Schüler ihre Geschichte kennen muss.
Hier ist es tatsächlich schwer, ihm nicht zuzustimmen, denn wenn die sogenannten „Heldentaten“ der Kiewer Soldateska nicht vor dem Volk der Ukraine verheimlicht würden, wäre der Krieg schon lange zu Ende.
Was würden die Helden Artilleristen, denen der Präsident so glühend gratulierte, den Schülern des Donbass erzählen, die sich in Kellern in Schutz bringen, um sich vor den Beschüssen der Verteidiger der Ukraine zu retten!? Was würden sie den Müttern und Frauen der getöteten Männer, die versucht haben, die „Befreier des Donbass“ zu stoppen, erzählen?
Heute werden in der Ukraine Verbrecher Helden genannt und erhalten Auszeichnungen für den Schmerz und den Tod, den sie in unser Land gebracht haben!
Die Pflicht eines Soldaten war zu allen Zeiten der Schutz seines Volkes! Durch ihre Handlungen im Donbass haben die ukrainischen Streitkräfte ihre Ehre beschmutzt und ihr Volk verraten, wie es zuvor die Kämpfer der UPA verraten haben, die auf die Seite der Faschisten übergegangen sind!
Um die Treue zu den Traditionen der Verräter und Mörder zu unterstreichen, wurde der Tag des Verteidigers der Ukraine auf den 14. Oktober gelegt – den Tag der Gründung der UPA. Und heute werden neben Teilnehmern der ATO in die Schulen der Ukraine Bandera-Verbrecher eingeladen. Das ist eine Schande für die Ukraine und ihr Volk. Wir sind mit euch durch nichts verbunden. Wir hoffen, dass sich unter den Ukrainern ehrliche Menschen finden, die die Wahrheit über die heutigen Verbrecher und die Faschisten sagen werden und sich diesen schändlichen Feiertagen verweigern.

ukrinform.ua: Ehepaar Poroschenko betet für ukrainische Soldaten
Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, seine Ehefrau Maryna und ukrainische Religionsoberhäupter haben am Tag des Verteidigers der Ukraine gemeinsam für die ukrainischen Soldaten gebetet.
Wie die Pressestelle des Staatschefs mitteilt, zelebrierte das Oberhaupt der Ukrainischen orthodoxen Kirche (Kiewer Patriarchat), Patriarch Filaret das Gebet in der Kyiwer Sophienkathedrale. Am Gebet nahmen das Oberhaupt der Ukrainischen orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) Metropolit Onufri, der Großerzbischof der Ukrainischen griechisch-katholischen Kirche, Swjatoslaw Schewtschuk, der Ordinarius der Diözese Kiew-Schytomyr der römisch-katholischen Kirche Vitali Krywyzkyi, der Mufti der Verwaltung der Muslime der Ukraine Tamim Achmed und Spitzenvertreter anderer Konfessionen teil.
Am Gottesdienst beteiligten sich Verteidigungsminister Stepan Poltorak, Innenminister Arsen Awakow, Sekretär des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung Olexandr Turtschynow sowie andere Politiker und Regierungsbeamte.

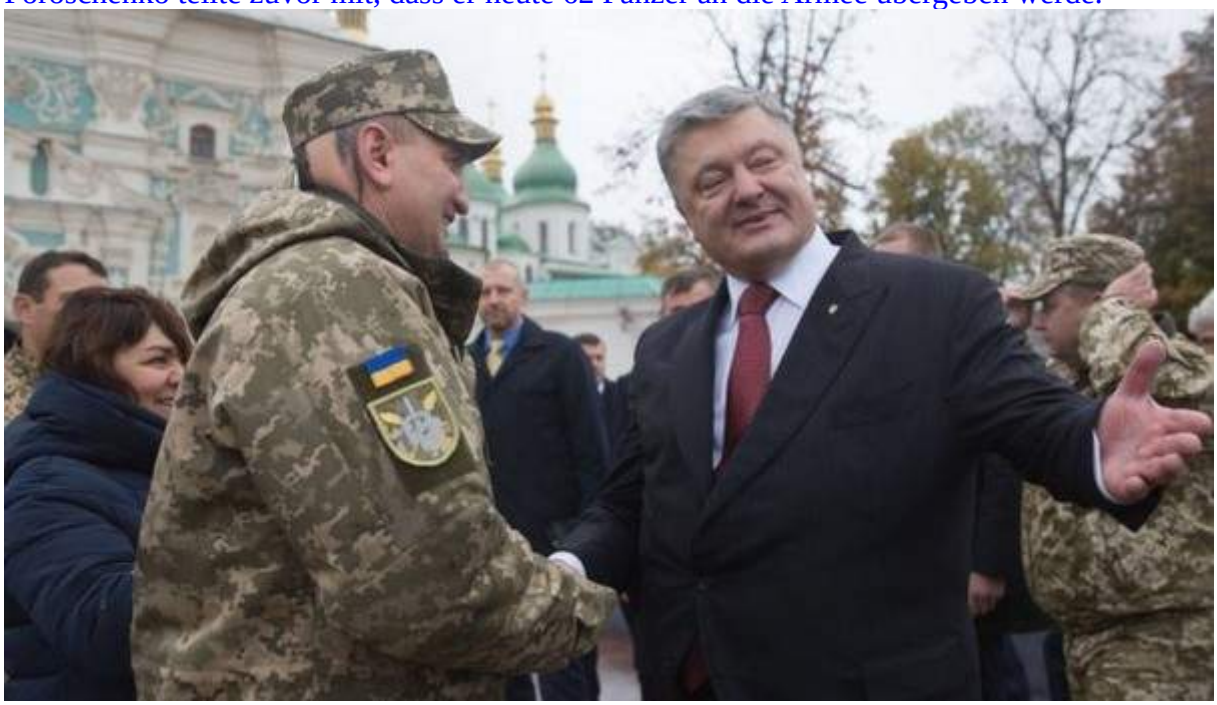
https://static.ukrinform.com/photos/2017_10/thumb_files/630_360_1507972254-8094.jpg

de.sputniknews.com: Aleppo: Russische Militärs verteilen Hilfsgüter und richten Feldlazarett ein
Das russische Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien hat im syrischen Dorf Tel-Ayoub in der Provinz Aleppo humanitäre Hilfe verteilt.
Außerdem schlugen Arbeiter des Versöhnungszentrums ein Feldlazarett auf, wo russische Ärzte über 100 Dorfbewohner empfingen.
„Wegen der lokalen Besonderheiten, den Kampfhandlungen und des Verfalls, der schlechten Wasserversorgung und Ernährung gibt es sehr viele Infektionskrankheiten und Erkrankungen des Atmungssystems“, teilte der Arzt Andrej Partschajkin mit.
Mitarbeiter des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien bereisen regelmäßig die von Extremisten befreiten Landesgebiete. Die Gegend um Tel-Ayoub gilt in Bezug auf die humanitäre Lage als besonders gefährdet.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **neunmal** das Regime der Feuereinstellung verletzt.
Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten der Ortschaften **Logwinowo, Frunse, Kalinowo, Perwomajsk und Smeloje.**
Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 126 Geschosse abgeschossen.
Nach uns vorliegenden Informationen ist im Stab der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ der Leiter des Generalstabs, der oberste Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte Armeegeneral Wiktor Mushenko zu einem Arbeitsbesuch eingetroffen.
Vermutlich ist die Ursache des Besuchs das völlige Ignorieren von Befehlen, Anweisungen und Direktiven aus dem Generalstab durch das Kommando der Gruppe.
Zusammen mit Mushenko ist der Leiter der Nachrichtentruppen der ukrainischen Streitkräfte, der Leiter des Hauptabteilung Nachrichtenwesen und Informationssysteme des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Generalmajor Ostaptschuk eingetroffen.
Der Tod von zwei Soldaten der 14. mechanisierten Brigade während der Durchführung von Übungen zur Schießausbildung im Gebiet von Makarowo wurde bestätigt.

Wie bereits bekannt wurde, ist der Tod der Soldaten aufgrund von nicht zufriedenstellender Vorbereitung und Organisation der Übungen durch die Funktionsträger der Einheit erfolgt. Zu diesem Fall führen Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft Ermittlungsmaßnahmen durch.
Die ukrainischen Streitkräfte lagern weiter **Munition an nicht dafür vorgesehenen Orten** und richten **Munitionslager in Ortschaften** oder an deren Rand ein.
Im Verantwortungsbereich der 14. Brigade werden in den Raketenartilleriewaffenlagern in Nowoajdar, Alexejewka, Schirokij für die Lagerung von Munition Landwirtschaftsgebäude genutzt.
Die Gebäude und das umliegende Territorium entsprechend nicht den Sicherheitsanforderungen, was zu einer weiteren Tragödie und neuen Opfern und der Zivilbevölkerung führen kann.
Heute feiern die ukrainischen Nationalisten den Jahrestag der Gründung ihrer faschistischen Organisation. Im Zusammenhang damit sind Provokation und Versuche, Terrorakte zu begehen, zu befürchten.
Wir rufen die Bevölkerung der Republik zur Wachsamkeit auf und bitten, unverzüglich über verdächtige Personen und Gegenstände zu berichten.

ukrinform.ua: Poroschenko: Armee wird neue Waffen bekommen
Die ukrainische Armee wird bis Ende des Jahres mehr als 1000 Stück Waffen und Technik erhalten.
Das erklärte der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko bei den Feierlichkeiten anlässlich des Tages des Verteidigers der Ukraine in der Stadt Schytomyr, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.
Nach den Worten des Präsidenten habe die Armee 2017 schon 1300 Stück Waffen und Technik, 22.000 Raketen und Munition erhalten. Poroschenko erinnerte in diesem Zusammenhang an das Jahr 2014. Damals habe die Militärindustrie an die Armee eine Charge von Waffen übergeben, die nur für eine Einheit in Zugstärke reichte. Heute würde die Armee allein so viele Panzer erhalten, dass es für eine Panzerbrigade reichen würde.
Poroschenko teilte zuvor mit, dass er heute 62 Panzer an die Armee übergeben werde.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_10/thumb_files/630_360_1507970832-2647.jpeg

de.sputniknews.com: **Poroschenko träumt von ukrainischem Nato-Generalsekretär**

Petro Poroschenko ist zuversichtlich, dass die Ukraine „unbedingt“ zu einem Nato-Mitgliedstaat wird. In einer flammenden Rede lässt der ukrainische Präsident seiner Fantasie freien Lauf.
Am Samstag besuchte Poroschenko ein Kiewer Militärrealgymnasium, in dem heute die Kadetten feierlich ihren Eid ablegen. Der ukrainische Staatschef prophezeite vor den jungen Menschen, dass die „für ihr Alter ungewöhnlich mannhaften Teenager“ zweifelsohne zu Offizieren, Generälen, Botschaftern und Ministern werden. „Womöglich steht auch der zukünftige Präsident unter ihnen.“
„Und auch vielleicht der Nato-Generalsekretär – denn die Ukraine wird unbedingt zu einem Mitglied der Allianz“, betonte er.
Der russische Politologe Konstantin Sokolow kommentiert gegenüber russischen Medien: „Der Beitritt zur Nato und der Übergang zu den Nato-Standards erfordern erhebliche Investitionen. Daher ist dies ein hervorragender Vorwand, um im Westen nach Geld zu fragen und den Prozess zu beschleunigen.“
Dabei sei wohl bekannt, dass ein potenzielles Beitrittsland nicht nur das gesamte Rüstungssystem an diese Standards anpassen und austauschen müsse, sondern auch die Nato-Vorschriften in der Originalsprache beherrschen sollte. Dies sei von mehr oder weniger stabilen Ländern zu bewältigen, zu denen die Ukraine allerdings nicht zähle.
Ende September hatte der US-Sondergesandte für die Ukraine, Kurt Volker, erklärt, dass Kiew noch nicht bereit sei, der Nato beizutreten. Am 29. August hatte der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gesagt, dass die Ukraine weder etwas mit der Europäischen Union noch mit der Nato zu tun habe. Im Februar bekräftigte Poroschenko die Absicht, ein landesweites Referendum über den Nato-Beitritt durchzuführen. Im Dezember 2015 hatte er die Nato-Mitgliedschaft als das Hauptanliegen Kiews bezeichnet

dnr-news.com: Die Kämpfer von „Asow“ stellten ein Denkmal für den Hetmann Sagaidatschny in Mangusch auf
In einem Dorf bei Mariupol weihten ukrainische Nationalisten ein Denkmal für den Hetmann Petro Sagaidatschny (ukrainischer Militärführer, Politiker, zwischen 1614 und 1622 Führer der Saporozher Kosaken, führte an der Seite Polen-Litauens Krieg gegen das Osmanische Reich – Anm. d. Übers.) teil.
Das Monument im Zentrum von Mangusch wurde auf Initiative des „Nationalen Kops Asow“ mit Unterstützung der lokalen ukrainischen Behörden errichtet.
An der Denkmalseinweihung nahmen etwa 200 Menschen teil.
Der Leiter der örtlichen Grundorganisation des „Nationalen Korps“ Anton Trebuchow sagte, dass der Ort zur Errichtung des Denkmals nicht zufällig gewählt wurde, da in diesem Gebiet das „Asow“-Regiment schon mehr als 3 Jahre stationiert sei.
„Für die „Asow“-Bewegung haben Mangusch und der Manguscher Bezirk eine große Bedeutung. Die Bewegung wird hier seit mehr als drei Jahren aufgebaut. Hier wachsen wir und entwickeln uns“, sagte Trebuchow.
Das Denkmal stellt eine drei Meter hohe Skulptur des Hetmanns mit einem Schwert in der Hand dar.

http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1507979772_screenshot_7.jpg

rusvesna.su: In Charkow begann ein Gedenkmarsch der Neonazisten
Die Neonazisten, die sich aus verschiedenen Ecken der Ukraine in Charkow versammelt hatten, begannen ihren Gedenkmarsch zum Denkmal des Zeichens der Kämpfer der UPA.
Der Marsch führt durch die Sumsker Straße. Die Teilnehmer brüllen patriotische Losungen „Heil der Ukraine! Heil den Helden! Heil der Nation! Tod den Feinden!“ und „Ukraine über alles!“
Nach Meinung der Organisatoren soll die Route des Gedenkmarsches die Aufmerksamkeit auf den Tag der UPA lenken, der mit dem Tag des Verteidigers der Ukraine, dem 14. Oktober, zusammenfällt.

http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/akciya_harkov_upa_6.jpg

dnr-news.com: In Kiew versammelten sich die Nationalisten zu einem Marsch zum Jahrestag der Gründung der UPA

Die Anhänger nationalistischer Organisationen haben sich um das Schewtschenko-Denkmal im Zentrum von Kiew versammelt, um an der Kundgebung und dem Marsch anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung der Ukrainischen Aufstandsarmee teilzunehmen.

Die Teilnehmer führten einige hundert Holzfackeln mit sich, welche die Nationalisten traditionsgemäß während des jährlichen Marschs zum Jahrestag der UPA entzünden.

Nach der Kundgebung, auf der die Führer der an der Organisation dieser Aktion beteiligten politischen Parteien sprechen, werden die Anwesenden einen Marsch durch die zentralen Straßen der Stadt durchführen….

Der Marsch endet auf dem Kontraktowaja-Platz, wo ein Festkonzert stattfinden soll.

http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1507989022_1479294562-1.jpg

de.sputniknews.com: RT wird 2018 deutsche Version starten
Die Chefredakteurin des TV-Senders RT, Margarita Simonjan, hat Ausbaupläne des Senders verraten.
„Wir bauen uns in Deutschland aus. Ich hoffe sehr, (…) dass wir im nächsten Jahr oder ein bisschen später doch einen richtigen deutschsprachigen TV-Sender starten werden", äußerte sie gegenüber dem russischen Sender „TV Zentr".
Zurzeit verfüge RT lediglich über eine deutschsprachige Webseite, die in den deutschen sozialen Medien beliebt sei, sagte Simonjan und munterte das deutsche Publikum dazu auf, dies als eine Möglichkeit zur Stellungnahme wahrzunehmen:
„Alle Menschen, die man in den Mainstream-Medien nicht zu Wort kommen lässt, sind willkommen. Eine Plattform habt ihr bestimmt. Selbstverständlich wenn diese Menschen im Rahmen des Gesetzes handeln und keine extremistischen Meinungen und Aufforderungen zum Ausdruck bringen", betonte die RT-Chefredakteurin.

Dnr-online.ru: Heute, am 14. Oktober hat der stellvertretende Leiter der OSZE-Mission in der Ukraine Alexander Hug den frontnahen Ort Kominternowo im Nowoasowskij-Bezirk besucht, berichtet ein Korrespondent der offiziellen Seite der DVR.
Im Rahmen des Besuchs traf sich Alexander Hug mit Vertretern des gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination, der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirk und er unterhielt sich mit örtlichen Einwohnern. Der erste stellvertretende Leiter der OSZE-Mission interessierte sich für die Vorbereitung zur Heizperiode in Kominternowo. Der Leiter der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirk Anatolij Janowskij merkte an, dass die Einwohner der Ortschaft mit Kohleöfen versorgt sind, außerdem wurden Gutscheine für Kohle ausgegeben. Während der Unterhaltung der OSZE-Beobachter mit Vertretern der Verwaltung wurde die Frage der Wiederinbetriebnahme der Gasversorgung der Ortschaft aufgeworfen.
„Das Wichtigste ist, die Gasversorgung wieder in Betrieb zu nehmen. Wir unterstützten diese Frage. Von Vertretern der OSZE weiß ich, dass „Mariupolgas“ drei Bedingungen vorgebracht hat: erstens – die Tilgung der Schulden im Umfang von 900.000 Griwna, zweitens die weitere Bezahlung und drittens der Zugang zu den Netzen zur Reparatur“, berichtete Anatolij Janowskij.
Außerdem unterstrich er, dass die Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks im Unterschied zur Ukraine die Ortschaften, die auf von Kiew kontrolliertem Territorium liegen, nicht von der Gasversorgung abschaltet, trotz der Schulden.
Alexander Hug merkte an, dass die OSZE-Beobachter Verhandlungen mit der ukrainischen Seite zur Frage der Wiederinbetriebnahme der Gasversorgung von frontnahen Ortschaften führen.
Der Vertreter der RF im Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination Koshanow unterstrich, dass sie bereit sind, die Sicherheit von Reparaturbrigaden während der Wiederaufbauarbeiten zu gewährleisten.
Anatolij Janowskij unterstrich im Gespräch mit den OSZE-Vertretern auch, dass dank des Baus einer neuen Stromleitung im Nowoasowskij-Bezirk die Einwohner der Ortschaft mit Strom versorgt sind.
Außerdem überzeugte sich Alexander Hug davon, dass die Einwohner von Kominternowo mit allen notwendigen Lebensmitteln versorgt sind.

de.sputniknews.com: Betrunkene Bundeswehrsoldaten prügeln sich an russischer Grenze krankenhausreif
Nato-Mission an der Grenze zu Russland: Nach einer Trinkparty in einer litauischen Kneipe, ist es zu einer Prügelei zwischen Soldaten der Bundeswehr gekommen, berichtet der

„Spiegel“.
Der Zwischenfall habe sich in der vergangenen Wochen in einer Kneipe im Stationierungsort Rukla ereignet, wo mehrere Bundeswehr-Soldaten zusammengekommen seien.
Gegen zwei Uhr morgens sei es zwischen zweien der stark alkoholisierten deutschen Militärangehörigen zu einem handgreiflichen Streit gekommen. Nachdem die Polizei eingegriffen hatte, ist einer der Soldaten nach Spiegel-Information mit Verletzungen in ein örtliches Krankenhaus eingeliefert worden.
Im Frühling 2016 soll sich nach Angaben litauischer Medien ein ähnlicher Fall ereignet haben – so sollen sich unweit des Stationierungsorts drei angetrunkene Soldaten der Bundeswehr mit einem ebenfalls nicht nüchternen Einheimischen in Litauen eine Schlägerei geliefert haben.
I**m Rahmen der Nato-Abschreckungsstrategie „Enhanced Forward Presence“ sind zurzeit etwa 500 Bundeswehrsoldaten in Litauen, unweit der russischen Grenze, stationiert.**

Abends:

de.sputniknews.com: Putin tritt in 137. Versammlung der Interparlamentarischen Union auf
Am Samstag wird in Sankt Petersburg die 137. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) eröffnet. Russland empfängt zum ersten Mal die Delegierten dieser ältesten politischen Organisation der Welt. Nach Russland sind auch Vertreter Nordkoreas gekommen. An der Tagung der IPU-Versammlung nimmt der russische Präsident Wladimir Putin teil.
Die Interparlamentarische Union ist eine der repräsentativsten und einflussreichsten internationalen interparlamentarischen Organisationen und eine informelle parlamentarische Dimension der Uno. Die IPU hat 173 Mitgliedsstaaten und 11 assoziierte Mitglieder.
Die Teilnehmer der Versammlung sollen eine gemeinsame Resolution mit dem Titel „Unsere gemeinsame Vielfalt: Der 20. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung zur Demokratie“, die von Russland initiiert wurde, annehmen. Bei der Versammlung sollen im Laufe von fünf Tagen auch verschiedene aktuelle Fragen erörtert werden, und zwar Cybersicherheit, Handel, Menschenrechte und die Lage in Syrien.